

In dieser Ausgabe:

Hilfskraftinitiativen, Studiengebühren und Verfassungsbeschwerde, Migrationspolitik und Menschenrechte, LASS-Aktionen, Europäisches Sozialforum und vieles mehr ...

Kurz & bündig

Gebührenfrei Studieren

Am 17. Juni 2008 hat der hessische Landtag die von der damaligen CDU-Mehrheit 2006 eingeführten Studiengebühren mit den Stimmen von SPD, Grünen und die Linke wieder abgeschafft. Die Hochschulen werden für die Einnahmeausfälle aus der Staatskasse entschädigt. Bei der Verteilung dieser Mittel wurde die Position der Studierenden gestärkt. Studierende, die für das laufende Wintersemester einen „Studienbeitrag“ überwiesen haben, erhalten diesen auf Antrag bei ihrer Hochschule zurück. Die Verfassungsklage gegen das Studienbeitragsgesetz hatte der Staatsgerichtshof sechs Tage vor der Abschaffung mit 6 zu 5 Stimmen als unbegründet zurückgewiesen. Die unterlegenen Richter bemängelten, die Entscheidung des Gerichts verkehre Wortlaut und Sinn des Artikels 59 der Hessischen Verfassung „geradezu in deren Gegenteil, ohne dass es dafür eine rechtlich vertretbare Begründung gäbe“. Einige Studierende haben inzwischen das Bundesverfassungsgericht angerufen. Mehr dazu: [Interview auf Seite 3](#).

Tarifverhandlungen mit Stiftungs-Uni Frankfurt

Seit April verhandeln die Gewerkschaften mit der Goethe-Universität Frankfurt, die seit 1. Januar 2008 den Status einer rechtsfähigen Stiftung des öffentlichen Rechts innehat, über einen Tarifvertrag für die rund 4.400 Beschäftigten. Bislang ist es lediglich gelungen, den mit dem Land Hessen abgeschlossenen Tarifvertrag „Einkommensverbesserung 2008“ inhaltsgleich auch mit der Stiftungsuniversität zu vereinbaren. Ansonsten liegen die Positionen der Uni-Leitung und der Gewerkschaften weit auseinander. Die GEW fordert deutliche Verbesserungen für die Beschäftigten: So soll die Lehrpflicht der wissenschaftlich Beschäftigten tariflich geregelt werden und die studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte eine tarifliche Absicherung erhalten. Informationen: www.gew-goetheuni.de

Mehr Geld für Hilfskräfte

Das Wintersemester 2008/2009 bringt für viele studentische Hilfskräfte in Hessen eine Lohnerhöhung – die erste seit 1993! Sie ist Ergebnis der Bemühungen vieler Betroffener, die sich mit Unterstützung der GEW und der ASten für die längst überfällige Erhöhung eingesetzt haben. Dennoch bestehen viele Probleme fort, so dass es sich lohnt, für weitere Verbesserungen einzutreten. Roman George, Wissenschaftliche Hilfskraft an der Uni Marburg und Mitglied des Hauptpersonalrats beim Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst, berichtet.

Bisher betragen die Stundensätze für studentische Hilfskräfte an den Universitäten 8,02 Euro, an den Fachhochschulen sogar nur 5,58 Euro. Vor dem Hintergrund der letzten Erhöhung für die Landesbeschäftigten zum April 2008, aus der die Hilfskräfte ein weiteres Mal ausgeschlossen bleiben sollten, war für viele das Ende der Geduld erreicht. An mehreren Hochschulen gründeten sich örtliche Hilfskraftinitiativen. Sie informierten die Betroffenen und fanden auch in der Presse Gehör, als sie auf diesen Missstand hinwiesen.



Letztendlich konnten sich die Universitäten den guten Argumenten nicht gänzlich verschließen, so dass sie eine Lohnerhöhung ankündigten. Nun gelten neue Stundensätze: Für studentische Hilfskräfte wird der Satz auf 8,50 Euro erhöht, für wissenschaftliche Hilfskräfte mit abgeschlossenem Studium steigt er von 12,69 Euro auf 13,50 Euro. Für studentische Hilfskräfte mit B.A.-Abschluss gibt es nun 10 Euro. Die Universität Kassel führte diese Sätze schon zum Sommersemester ein, Darmstadt hebt sie sogar noch weiter an.



Dennoch gibt es mehrere Probleme: Der Reallohnverlust aus 15 Jahren wird nicht ausgeglichen, ein Satz von 10 Euro für B.A.-Hilfskräfte bedeutet sogar eine Lohnsenkung für diese (noch) kleine Gruppe und darüber hinaus belassen es die Fachhochschulen bei den alten Sätzen! Einzige erfreuliche Ausnahme unter ihnen ist die FH Frankfurt. Hier gibt es schon seit längerem 9 Euro. Eine wünschenswerte Perspektive zur Sicherung einer angemessenen Hilfskraftvergütung ist deren Einbeziehung in den gültigen Tarifvertrag. Mehr Informationen finden sich hier: <http://hilfskraftinitiative.blogspot.de>



An die 10.000 studentische Hilfskräfte sorgen in Hessen für einen reibungslosen Hochschulbetrieb. „Hiwis“ sind für Forschung und Lehre unentbehrlich – werden aber nicht entsprechend bezahlt.

Schotten dicht mit allen Mitteln?

Während Europa weiter zusammenwächst, schließen sich die Grenzen der EU durch immer restriktivere Einreisebeschränkungen zunehmend. Ein aktuelles deutsch-französisches Arbeitspapier zeigt deutlich die Ziele europäischer Migrationspolitik. Verena Aßner, Studentin der Politikwissenschaft in Frankfurt am Main, kommentiert:

Fast ist wieder in Vergessenheit geraten, was vor einiger Zeit die Tagesnachrichten beherrschte: Die Bilder von Schiffbrüchigen an sizilianischen Stränden und der Flucht afrikanischer Bürger in die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla. Obwohl dieses kurze Schlaglicht der Kameras wieder erloschen ist, bleibt das Thema selbst brandaktuell. Es zeigt uns, dass der Preis für den Aufbau des „Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“, wie es in der offiziellen EU-Diktion verräterisch lautet, hoch ist. Die Arbeit der Grenzschutzagentur FRONTEX, die dafür verantwortlich ist, Flüchtlinge schon auf hoher See aufzufangen bzw. abzudrängen, fordert jeden Tag Menschenleben. „Deutschland ist federführend bei der Vereinheitlichung der

Standards auf unterstem Niveau“, so Regine Trenkle-Freund, Sprecherin der Pro-Asyl Arbeitsgruppe in Friedrichsdorf. Mit haarsträubenden Verdrehungen versucht man, diese menschenverachtende Politik als Hilfe für Flüchtlinge zu verkaufen. Die Agentur helfe, so Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) jüngst in einem Interview, Menschenleben an den Grenzen zu retten. Unterstützung erhält er aus Paris, wo man sich neuerdings eines gewissen Kulturessentialismus bedient, wenn es um Fragen der Einwanderung und Integration geht. Ein deutsch-französisches Papier ist für die seit dem 1. Juli 2008 amtierende Ratspräsidentschaft unter dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy die Grundlage für einen Vorschlag zur einheitlichen europäischen Migrationspolitik. Es lässt nichts Gutes erahnen. Eckpunkte des Vorschlags sind unter anderem eine finanzielle Stärkung der Agentur FRONTEX, eine Verschärfung der Grenzkontrollen an den EU-Außengrenzen und eine Erhöhung der Ausweisungsquote von „Illegalen“ nach dem Vorbild Deutschlands.

Kurz & bündig

Schlechte Arbeitsbedingungen

Der wissenschaftliche Nachwuchs hat es in Deutschland schwer. Zu diesem Ergebnis kam ein Arbeitstreffen des Bundes demokratischer Wissenschaftler/innen (BdWi) im Januar in Leipzig. Der aus den Ergebnissen der facettenreichen Diskussion entstandene Reader zeigt die zunehmenden Probleme von Doktoranden, Lehrbeauftragten und wissenschaftlichen Mitarbeitern und versucht, Perspektiven aufzuzeigen. Ein spannendes Thema auch für Studierende. Der vollständige Reader steht zum Download bereit unter:

http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte_78.pdf

Stellen für Nachwuchs

Die GEW fordert ein Bund-Länder-Programm zur Finanzierung von 10 000 zusätzlichen Stellen für promovierte Nachwuchswissenschaftler. Hintergrund sind der bevorstehende Generationenwechsel unter den Professoren, den Ausbau der Hochschulen sowie nötige Verbesserungen in der Lehre. Bund und Länder müssten dabei „Impulse für die überfällige Reform der Karrierewege in Hochschule und Forschung geben“, sagte Andreas Keller, der Hochschulexperte der GEW.

Mehr: http://www.gew.de/GEW_fordert_10.000_zusaetzliche_Stellen_fuer_den_wissenschaftlichen_Nachwuchs.html

Impressum

Die GEW-Hochschulzeitung wird herausgegeben von der GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt.

An dieser Ausgabe mitgewirkt haben: Verena Aßner, Amin Benaissa, Jonas Baumann (Layout), Matthias Freiling, Roman George, Tobias Hering, Behruz Kardan, Marcel Krüger, Carmen Ludwig, Andreas Staets, Katharina Wagner und Carolin Werner.

Bilder: S.1 Tarifinitiative, S.3/4 privat.

Druck: Druckkollektiv Gießen, Auflage 8.500.

V.i.S.d.P.: Andreas Staets, GEW Büro für Hochschule und Forschung, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg.

Das politische Ziel ist die absolute Kontrolle der Einwanderung, die passgenau auf die Bedürfnisse europäischer Großkonzerne zugeschnitten werden soll. Während man sich auf der diplomatischen Bühne all zu gern mit dem Pochen auf Menschenrechte schmückt, drohen sie, unter der Baustelle Europa begraben zu werden. Mehr Infos dazu unter www.stoppt-das-sterben.eu

Europäisches Sozial-Forum Ein anderes Europa ist möglich!

Ende September trafen sich fünf Tage lang soziale und politische Aktivist/innen und Künstler/innen aus ganz Europa und der Welt im schwedischen Malmö. Unter ihnen waren auch 20 Mitglieder der GEW. Ein Bericht von Katharina Wagner, Amin Benaissa und Tobias Hering von der GEW-Studierendengruppe Frankfurt.

Ziel des alle zwei Jahre stattfindenden europäischen Sozialforums (ESF) ist es, Aktive aus verschiedenen Zusammenhängen zusammenzubringen, um alternative Ideen und Konzepte für ein soziales Europa und eine gerechtere Welt zu diskutieren. Dem ESF gelingt es dabei, Diskussionen nicht abstrakt zu führen, sondern aktuelle Probleme aufzugreifen und die sozialen Bewegungen sichtbar und hörbar zu machen.

Besonders spannend waren zwei der über 200 Veranstaltungen: Zum einen der vom DGB und der GEW veranstaltete Youth Workshop „Good Education for All?“, bei dem in der Diskussion deutlich wurde, dass sich die Bildungsprobleme in ganz Europa stark ähneln. Zum anderen eine mehrteilige Veranstaltung, die sich mit der Zukunft der Arbeitsbedingungen in Europa auseinandersetzte. Gewerkschaften aus unterschiedlichsten Ländern

erarbeiteten gemeinsame Forderungen und die „Final Assembly on Labour“ formulierte prägnante Ziele, die nun auch im abschließenden Forderungspapier des ESF an erster Stelle zu finden sind.

Die Vielfalt der teilnehmenden Organisationen wurde nicht zuletzt bei der farbenfrohen Demonstration am Samstagnachmittag sichtbar. Über 15.000 Teilnehmer/innen zogen drei Stunden lang auf der rund acht Kilometer langen Route durch Malmö und zeigten, dass ihnen ein sozialeres und gerechteres Europa wichtig ist.

Auf dem Heimweg machte die frankfurter GEW-Delegation in Kopenhagen Halt, um dort die selbstverwaltete, autonome „Freistadt“ Christiania zu besuchen. Die hier verwirklichten alternativen Lebensformen waren für alle mehr als beeindruckend und werden – wie das gesamte ESF – sicher noch lange in Erinnerung bleiben.

Klage gegen Polizeiwillkür

Bei einer Demonstration gegen Studiengebühren kam es im Januar 2008 zu einem überzogenen Polizeieinsatz. Auch die GEW forderte Aufklärung über Rechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte. Matthias Freiling von der GEW Studierendengruppe und Behruz Kardan vom AK Recht berichten.

Einem massiven Polizeiaufgebot sahen sich mehrere hundert Menschen gegenüber, die am 26. Januar 2008 in Frankfurt am Main für gebührenfreie Bildung demonstrierten. Im Laufe des Abends kam es zu über 200 teilweise willkürlichen Festnahmen. So wurden am Willy-Brandt-Platz ca. 180 Demonstrant/innen und Passant/innen unter dem pauschal erhobenen Vorwurf des Landesfriedensbruchs stundenlang eingekesselt und nach intensiven Kontrollen auf das Frankfurter Polizeipräsidium gebracht. Unter ihnen befanden sich Minderjährige, die sich

dort ebenso wie die übrigen vorläufig Festgenommenen entwürdigenden Leibesvisitationen unterziehen und in Einzelfällen komplett entkleiden mussten. Einige Demonstrant/innen beförderte die Polizei mit einer U-Bahn zum Präsidium und stellte sie damit öffentlich als „Straftäter“ zur Schau. Viele gelangten erst in den frühen Morgenstunden des folgenden Tages wieder in die Freiheit. Die eingeleiteten Ermittlungsverfahren wurden inzwischen größtenteils ergebnislos eingestellt. Mehrfach besuchten Betroffene des Polizeieinsatzes und ihre Unterstützer/innen Sitzungen des

Rechtsausschusses der Stadtverordnetenversammlung und verlangten von Ordnungsdezernent Volker Stein (FDP) und den Stadtverordneten beispielsweise in Form eines „Offenen Briefes“, den auch die GEW unterstützte, Aufklärung über die Geschehnisse und eine Prüfung der Rechtmäßigkeit des polizeilichen Vorgehens – bisher vergeblich. Die Vereinigung der Hessischen Strafverteidiger übte scharfe Kritik am juristisch untragbaren Verhalten der Sicherheitskräfte. Ein Demonstrant, der nach eigenen Angaben von einem Polizeibeamten rassistisch beleidigt und geschlagen wurde, hat Strafanzeige erstattet. Vier Betroffene haben Klage zur richterlichen Überprüfung der Polizeimaßnahmen eingereicht. Eine Klage gegen die rechtswidrige Auflösung der Demonstration wird ebenfalls vorbereitet.

<http://ea-frankfurt.org>

Verfassungsbeschwerde eingelegt: Studiengebührenklage nicht verloren?

Der Streit um Studiengebühren in Hessen geht in die nächste Instanz. Nachdem die Verfassungsklage vom Staatsgerichtshof mit knapper Mehrheit zurückgewiesen wurde, haben nun Studierende sowie der Marburger Rechtsanwalt Dr. Peter Hauck-Scholz Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt. Mit ihm sprach die Marburger Studentin Carolin Werner.

Über 70.000 hessische Bürgerinnen und Bürger haben die von den Studierenden und Gewerkschaften getragene Verfassungsklage gegen Studiengebühren unterstützt. Der öffentliche Druck hat zwar nicht zum erhofften Urteil vor dem Staatsgerichtshof, aber zur Abschaffung der Studiengebühren im Parlament geführt. Als Anwalt für Hochschulrecht hast Du die Verfassungsklage vertreten. Wie beurteilst Du das Urteil des Staatsgerichtshof?

Als Vertreter der unterlegenen Partei ist man natürlich mit der Entscheidung nicht zufrieden. Bemerkenswert ist jedoch das knappe Abstimmungsergebnis: die Entscheidung erging mit einer Mehrheit von 6 zu 5 Stimmen. Die überstimmten 5 Richter haben ein gemeinsames Sondervotum verfasst, in dem die Mehrheitsentscheidung in ungewöhnlich scharfer Weise kritisiert und ihr sogar Verstöße gegen die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vorgeworfen wurden.

Aktuell führst Du ja eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen das Staatsgerichtshofsurteil. Worum geht es da und wie schätzt Du die Erfolgchancen der Beschwerde ein?

Die Argumentation der Mindermeinung hat mich motiviert, Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil des Hessischen Staatsgerichtshofs einzulegen.

Ziel der Verfassungsbeschwerde ist es ausschließlich, dass das BVerfG das Urteil des hessischen Staatsgerichtshofs wegen Verstößen gegen Grundrechte des Grundgesetzes aufhebt. Das Studienbeitragsgesetz selbst ist nicht Gegenstand der Verfassungsbeschwerde. Wenn es jedoch gelingt, dass das BVerfG die Entscheidung des Staatsgerichtshofs aufhebt, muss dieser erneut über die Verfassungsklage entscheiden. Dabei wird es in erster Linie um die Frage gehen, ob sich die Studierenden, die bereits im Sommersemester 2007 an hessischen Hochschulen eingeschrieben waren, auf Vertrauensschutz im Hinblick auf die Möglichkeit, das Erststudium beitragsfrei beenden zu können, berufen können.

Was können Studierende und Gewerkschaften tun, um eine Wiedereinführung von Studiengebühren in der Zukunft zu verhindern?

Die Abschaffung der Studiengebühren durch den hessischen Landtag war eine Folge der landesweiten Proteste gegen das Gesetz, die auch das Ergebnis der letzten Landtagswahl beeinflusst haben. Wir haben hier einen der seltenen Fälle erlebt, in denen die repräsentative Demokratie so funktioniert hat, wie es sich die Väter des Grundgesetzes vorgestellt haben. Die Abgeordneten als Repräsentanten des Volkes sind nämlich verpflichtet, ihr Handeln mit der Bevölkerung



Dr. Peter Hauck-Scholz vertritt die Volksklage gegen Studiengebühren vor dem Hessischen Staatsgerichtshof. Der Marburger Fachanwalt für Verwaltungsrecht und Arbeitsrecht ist unter anderem auf Hochschulrecht spezialisiert.

rückzukoppeln, nicht ohne Rücksicht auf die Interessen der Wähler zu handeln. Nur wenn dieser Rückkopplungsprozess funktioniert, funktioniert auch die repräsentative Demokratie.

Daraus folgt, dass durch Versammlungen und Demonstrationen der Wille der Bevölkerung artikuliert werden muss. Daneben muss die inhaltliche Argumentation gegen Studiengebühren offensiv geführt werden. Dazu gehört eine Auseinandersetzung mit der Argumentation der Ökonomen, die die Berechtigung von Studiengebühren mit Gerechtigkeitsargumenten begründen.

Gemeinsam geht's besser!

Der Landesausschuss der Studenten und Studentinnen (LASS) vertritt, wie der Name schon sagt, die studentischen Interessen innerhalb der GEW auf Landesebene. Dass der LASS Hessen aber noch eine ganze Menge mehr kann, berichtet im Folgenden LASS-Sprecher Amin Benaissa.

Im März 2008 trafen sich Vertreter von LASS und Junger GEW zur gemeinsamen Klausurtagung zum Thema Tarifpolitik. Als neue Sprecher/innen konnten die Giessener Studierenden Florian Hartmann und Nathalie Meyer ins LASS-Team einsteigen, während der Frankfurter VWL-Student Amin Benaissa für eine weitere Amtszeit bestätigt wurde. Seitdem ist landauf-landab viel in Bewegung gekommen:

So konnte der LASS auch dieses Jahr beispielsweise erneut ein kostenloses Marx-Einsteiger/innen-Seminar für Studierende auf die Beine stellen. Schwerpunkte der LASS-Tätigkeiten waren außerdem die überregionale Hochschul- und Wissenschaftspolitik und die Mitwirkung in Gremien der GEW Hessen wie dem Landesvorstand oder den Regional- und Fachgruppen sowie in überregionalen Netz-

werken. Auch an den Hochschulen selbst werden immer mehr Studis aktiv: Zur Zeit gibt es an den Unis in Gießen, Frankfurt und Kassel gewerkschaftliche Studierendengruppen, die für alle offen sind!

Viel Arbeit gab es zudem im Bundes-Ausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW (BASS), über den die Studis ein wenig frischen Wind in die Gewerkschaft bringen konnten. Es gibt inzwischen aktive LASSe in 13 Bundesländern! Gemeinsam haben wir beispielsweise fair gehandelte Studi-Shirts oder den bundesweiten studentischen Perspektivenkongress vom 6. bis 8. Juni 2008 in Frankfurt am Main organisiert und auch Anträge für den im April 2009 stattfindenden Gewerkschaftstag erarbeitet.

Nicht zu vergessen bleibt das Tagesgeschäft. Um einen Abriss unserer Arbeit zu geben: Der LASS hielt Vorträge und Redebeiträge auf diversen Veranstaltungen, moderierte, organisierte Veranstaltungen, wie eine landesweite Vorlesungsreihe, an den Hochschulen, schrieb Anträge, Solidaritätserklärungen und Pressemitteilungen, unterstützte zahlreiche Kampagnen und Demos sowie den Antifa-Bus am 1. Mai 2008 nach Hamburg, arbeitete an einem Entwurf für ein neues Hessisches Hochschulgesetz und dem neuen wissenschaftspolitischen Programm der GEW mit und unterstützte die Hausbesetzer/innen des ehemaligen Jugendzentrum Bockenheim in Frankfurt. Ihr könntet Euch vorstellen bei uns mitzumachen? Dann meldet Euch!

Euer LASS-Sprecher/innen-Team.
Kontakt: studierende@gew-hessen.de

Kurz & bündig

Neuer Jugendbildungsreferent

Seit September gibt es nun auch für den südhessischen Raum einen GEW-Jugendbildungsreferenten. Marcel Krüger ist vorerst vor allem an den Hochschulen in Frankfurt am Main und Darmstadt präsent, steht aber auch den Lehrkräften im Vorbereitungsdienst zur Seite. Zu erreichen ist er in seinem Büro beim GEW-Bezirksverband Südhessen über krueger@gew-suedhessen.de oder per Telefon unter 06151/22308.

Infos zum Referendariat

Über Einstellungsperspektiven, Ablauf und neuere Entwicklungen des Vorbereitungsdienstes informiert die GEW Hessen in Kooperation mit der Zentralen Studienberatung interessierte Lehramtsstudentinnen und -studenten am Dienstag, den 18. November, um 16 Uhr in der Aula der Uni Frankfurt. Neben einem Ausbilder eines Studienseminars wird eine Lehrkraft im Vorbereitungsdienst sowie Vertreter der Zentralen Studienberatung und der GEW für Fragen zur Verfügung stehen.
Infos: www.gew-hessen.de



Marcel Krüger

Dein Kontakt zur GEW

Willst Du Infomaterial erhalten (z.B. „Jobben und Studium“, zu Lehramt oder Hochschulpolitik), Fragen oder Kommentare loswerden oder bei uns mitmachen? Die GEW Ansprechpartner helfen gerne weiter.

GEW-Landesstudierenden-sprecher

GEW-Landesstudierendensprecher: Nathalie Meyer, Henrik Piltz und Florian Hartmann:
studierende@gew-hessen.de

Marburg

Andreas Staets, GEW-Wissenschaftsbüro, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg, Fax: 06421/ 95 23 96
Mail: wiss@gew-hessen.de

Kassel

Marieke Bartels, GEW Studierendengruppe Kassel
Mail: marieke.bartels@gew-huf-kassel.de

Frankfurt

Katharina Wagner, GEW Studierendengruppe Frankfurt c/o GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt
Fax: 069/ 97 12 93 93
Mail: gew-unifrankfurt@gmail.com
Web: <http://www.gew-uniffm.de>

Gießen

Tjark Sauer, c/o AStA der Uni Gießen, Otto-Behaghel-Straße 23-27, 35394 Gießen,
Fax: 0641/ 47 11 3
Mail: tjark.sauer@gmx.de

Each one teach one!

Das neue Studi-Shirt ist da



Das schwarze Shirt aus gekämmter Baumwolle zielt auf der Vorderseite der Schriftzug "Each one teach one!" und auf der Rückseite das GEW-Studis Logo. Erhältlich als Girlie-Shirt in den Größen XS-XL (18,80 Euro) und als Männer-Shirt in S-XXL (19,80 Euro). Bestellungen bitte mit Angabe von Größe und Typ an:

GEW Landesverband Hessen
Geschäftsführer Ulrich Märtin
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt am Main

oder bestellen unter:
www.gew-shop.de